

Federf. Stadtamt: Amt für Familie, Jugend und Soziales

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Rat	Bürgermeister Roland	13.12.2007	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

I. Aktueller Sachstand:

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates der Stadt Gladbeck berichtete in der Sitzung des Ausländerbeirates am 12.09.2007 über den Aufruf der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA NRW), sich für das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten über die einzelnen Ausländer- bzw. Integrations(bei)räte einzusetzen.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf das der Verwaltungsvorlage als Anlage beige-fügte Papier der LAGA. Ergänzend machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass die Ausländerbeiräte der Städte Bonn und Solingen bereits entsprechende Beschlüsse gefasst und die Räte dieser Städte in diesem Sinne entschieden und den von der LAGA vorgeschlagenen Appell an die Landesregierung gerichtet hätten.

Der Ausländerbeirat fasste anschließend einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Ausländerbeirat der Stadt Gladbeck beschließt mit dem als Anlage beigefügten Appell, sich für das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten einzusetzen.“

Der Ausländerbeirat bittet den Rat der Stadt Gladbeck, sich bei der Landesregierung und den Landtagsfraktionen mit dem beigefügten Appell für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik lebenden Migrantinnen und Migranten einzusetzen.“

In der Sitzung des Rates am 25.10.2007 wurde einvernehmlich entschieden, die Vorlage Nr. 07/0364 erst in der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Gladbeck am 13.12.2007 zu beraten.

Herrn Metin, Vorsitzender des Ausländerbeirates, wurde jedoch die Möglichkeit gegeben, den Appell an die Landesregierung und die Landtagsfraktionen zu begründen. Er gab eine

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

ausführliche Stellungnahme aus Sicht des Ausländerbeirates ab. Sein Redebeitrag wurde der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 25.10.2007 beigelegt.

Eine Beschlussfassung erfolgte nicht.

II. Kommunales Wahlrecht im europäischen Ausland

Einen Überblick über das kommunale Wahlrecht im europäischen Ausland gibt der beigelegte Fachaufsatz (Anlage 1)

III. Kommunales Wahlrecht – Ergänzende Hinweise –

Die neuesten durch die Geschäftsstelle der LAGA – NRW zusammengefassten Zahlen zum Thema „Kommunales Wahlrecht“ zeigen, dass sieben Städte sich dem Appell der LAGA – NRW angeschlossen haben.

Die Ergebnisse der Umfrage, Stand: 28.11.2007, sind der Vorlage als Anlage 2 beigelegt.

Als Anlage 3 findet sich ein Auszug aus der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Einnahme (€)	VwHH	VmHH
einmalig		
jährlich		
<i>darin enthalten:</i>		
Zuschüsse		
Beiträge Dritter		

Ausgabe (€)	VwHH	VmHH
einmalig		
jährlich		
<i>darin enthalten:</i>		
Personalkosten		
Unterhaltungs- und Betriebskosten		
Finanzierungskosten		

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Gladbeck schließt sich dem Appell der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretung – LAGA – an die Landesregierung NRW und die Landtagsfraktionen zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten an/nicht an.

Der Bürgermeister

- Ulrich Roland -

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: